

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/55

Bonn, den 19. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3a	Preise und Löhne	156

Von Dr. Alex Möller, MdB  
Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg  
Mitglied des Vorstandes der SPD

3a	"Mit besonderer Sorge ..."	23
	Fritz Erler antwortet Ludwig Erhard	

4	Verständliche Forderung	23
	Scheel will endlich die ihm zustehenden Kompetenzen	

4	Zur Unanacht verurteilt	26
	Der "linke" Flügel der CDU	

5 - 6	Rebellisch gegen Francos "Arbeitsfront"	64
	Verunglückter "Gewerkschaftskongreß" in Madrid	
	Von Rolf Reventlow	

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Preise und Löhne

Von Dr. Alex Möller, MdB

Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Mitglied des Vorstandes der SPD

In der viel erörterten Rundfunk- und Fernsehrede vom 23. März 1962 hat der damalige Bundeswirtschaftsminister Erhard seinen umstrittenen "Maßhalteappell" begründet. Die Vorwürfe waren zunächst zu gleichen Teilen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber gerichtet, in der Sache traf die Erklärung aber den Lohn, den die einen zu viel gefordert und die anderen zu leicht gewährt haben sollen. In jedem Falle blieb die Meinung im Raum, die Lohnforderungen seien die Ursache grossen Übels, wie schwindender Wettbewerbsfähigkeit, Kaufkraftverfall der DM und abflauernder Konjunktur.

In ihrem Wirtschaftsbericht vom 28.2. 1963 stellt die Bundesregierung fest, daß sie "die Politik der Preisstabilisierung konsequent fortsetzen wird". Auf der gleichen Linie liegt die Versicherung des Bundeskanzlers Erhard in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963: "Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftlichen Rangordnung." Wie sieht es nun wirklich mit dieser Bemühung um eine "konsequente Politik der Preisstabilisierung" aus?

\* \*

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung scheint sich in einer Reihe von "Maßhalteappellen" zu erschöpfen, die vor allem an die Adresse der Sozialpartner gerichtet sind, und von denen "Der Volkswirt" ironisch feststellt, sie seien "das beste Stück aus dem Repertoire einer offenbar aus ordoliberalen Dogmatismus zum Nichthandeln fest entschlossenen Regierung." (Der Volkswirt Nr. 10 v. 6.3.1964, S. 342).

Ihren psychologischen Charakter entsprechend ist die Wirkung der "Maßhalteappelle" nicht genau quantifizierbar, wir können jedoch rückblickend ermesen, inwieweit die verschiedenen Gruppen dem Aufruf folgten. So fällt für das abgelaufene Jahr 1963 ins Auge, daß man die beobachtete Preisentwicklung keineswegs auf besonders dramatische Lohnbewegungen zurückführen kann. Gerade für das 4. Quartal 1963 war die zurückhaltende Entwicklung der Tariflöhne- und -gehälter charakteristisch. Während im 4. Quartal 1962 für 3,15 Millionen Beschäftigte, das sind 18 Prozent der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten, Lohn- und Gehaltserhöhungen in Kraft getreten sind, war dies im 4. Quartal 1963 nur für 1,7 Millionen Arbeitnehmer der Fall; prozentual somit nur für 9 Prozent aller statistisch erfaßten Arbeitnehmer. Erhöhte sich das auf Wochenbasis berechnete Tariflohn- und -gehaltsniveau, mit 5,1 Prozent im Jahre 1963 schon wesentlich geringer als 1962 mit 7,7 Prozent, so stellt die im Durchschnitt nur 2,5 prozentige Erhöhung der Lohnrate im 4. Quartal 1963 vollends den seit dem 3. Quartal 1959 bei weitem geringsten Zuwachs dar.

\* \*

Dagegen überschlugen sich die durchschnittlichen Preissteigerungen seit 1959 mancherorts. Der Großteil der Lohnverbesserungen wurde somit von angestiegenen Lebenshaltungskosten abgeschöpft. Der nachfolgende Lebenshaltungskostenindex gibt eine detaillierte Vorstellung über die Preisentwicklung.

Preisindex für die Lebenshaltung (1959 = 100)

Position	1962 Dez.	1963 Dez.	Dez. 1963 geg. Dez. 1962
Preisindex f. d. Lebenshaltung insgesamt	109,4	113,2	+ 3,5
ohne Ernährung	110,2	113,9	+ 3,4
Ernährung	108,3	112,2	+ 3,6
Wohnung	123,1	132,1	+ 7,3
Heizung, Beleuchtung	107,7	111,4	+ 3,4
Hausrat	104,3	104,7	+ 0,4
Bekleidung	108,0	110,3	+ 2,1
Reinigung, Körperpflege	111,4	113,3	+ 1,7
Bildung, Unterhaltung, Erholung	116,8	121,6	+ 4,1
Verkehr	108,5	115,6	+ 6,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1964, S. 39)

Aus dieser Tabelle geht auch hervor, daß der Index der einzelnen Bedarfsgruppen im Jahre 1963 recht unterschiedlich angestiegen ist; der Preisindex für Lebenshaltung um 3,5 Prozent. Dabei handelt es sich weit überwiegend um Ausgaben des starren Bedarfs, den man auch als Grundbedarf bezeichnen kann und der kein Ausweichen gestattet. Die Preiserhöhung trifft somit am empfindlichsten die Haushalte mit vergleichsweise geringem Einkommen.

Im Frühjahr des Jahres 1963 konnte man noch eine weitgehend stabile Preisentwicklung beobachten. Diese Tendenz hielt jedoch nur für eine kurze Periode an, um dann im Herbst in einen sehr beachtlichen Anstieg zu münden. Wie die Deutsche Bundesbank in ihren Monatsberichten vermerkt, waren diese ungewöhnlichen Preiserhöhungen nicht konjunkturell bedingt, so daß von der unheilvollen Wirkung der berüchtigten Lohn-Preis-Spirale keine Rede sein kann. Die Bundesbank stellt vielmehr fest, daß der Anstieg in erster Linie auf Sonderfaktoren zurückzuführen ist, die im Einflußbereich der amtlichen Wirtschaftspolitik lagen. Die Bundesbank sprach ausdrücklich von "administrativen Preisanhebungen". Sie resultierten hauptsächlich aus der Verknappung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte und aus der partiellen Aufhebung des Mietensstopps, hingen also interessanterweise mit der Durchführung wettbewerbspolitischer Zielsetzungen zusammen. Dem stand leider keine positive preispolitische Aktivität der Bundesregierung gegenüber, so daß diese Politik effektiv zu Lasten der Verbraucher ging. Während sich zum Beispiel der Gruppenindex für Wohnung im gesamten 4. Quartal 1963 nur um 5 Prozent erhöhte, lagen nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes Mitte Februar 1964 in den sogenannten "weißen" Gemeinden die Mietpreise für Wohnungen aus der Zeit vor 1924 um 8,3 Prozent und diejenigen für Zwischenkriegs-Wohnungen um 7,2 Prozent über den Mieten von Oktober 1963, dem letzten Monat vor der Mietenfreigabe. Der Zeitpunkt der Mietenfreigabe wird vielerorts als verfrüht bezeichnet.

Der stärkste Preisanstieg war bei den landwirtschaftlichen Produkten zu verzeichnen. Der Erzeugerpreisindex für Agrarprodukte begann schon im September 1963, d.h. also wesentlich zeitiger als sonst im Herbst, anzuziehen und war im Dezember um 4,6 Prozent höher als drei Monate vorher. Besonders schlug die Verteuerung des Schlachtviehs zu Buche: Die Preise für Rinder und Schweine lagen im Dezember 1963 um 15 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Außerdem weisen vor allem die Erzeugerpreise für Milch einen erheblichen Anstieg auf. Die Heraufsetzung des Einzelhandelspreises für Trinkmilch am 1. Oktober 1963 führte zu einer recht beachtlichen Reaktion der Verbraucher. Der Trinkmilchabsatz der Molkereien im 4. Quartal 1963 sank 5,6 Prozent unter das Vorjahresniveau; in früheren Jahren nahm der Absatz gewöhnlich zu.

Das alles, obwohl feststeht, daß die Preiserhöhungen den Bauern gar nicht oder nur in sehr geringem Maße zugute kamen.

Weitere "Preisentzerrungsmaßnahmen" verfolgt die Regierung mit ihren Verkehrstariferhöhungen. Eine allgemeine Verteuerung des Reiseverkehrs ist eingetreten, bei Urlaubsreisen z.B. um 4,2 Prozent. Die auf etwa 10 Prozent zu veranschlagende Erhöhung der Posttarife zeigt Auswirkungen bei postintensiven Unternehmen, wie auch bei Dienstleistungsbetrieben, dann bei Zeitungen, Zeitschriften und Versandhäusern. Auch dieser Verlauf unterstreicht die Systemwidrigkeit in wirtschaftspolitischen Handeln der Bundesregierung.

\* \* \*

Dieser Rückblick auf die Lohn-Preis-Situation des Jahres 1963 vermittelt kein ausgesprochen erfreuliches Bild. Der Maßhaltappell der Regierung hat offenbar nur auf Seiten der Arbeitnehmer einen Widerhall gefunden: die Lohn- und Gehaltsforderungen gingen im Vergleich zu den Vorjahren beachtlich zurück. Dazu einige weitere Vergleichszahlen, die beweisen, daß das Lohnniveau einen sinkenden Trend aufweist:

Sariflohr- und-gehaltsniveau

auf Stundenbasis 1958 = 100		Veränderungen gegen Vorjahr in v.H.	auf Wochenbasis 1958 = 100	
			Veränderungen gegen Vorjahr in v.H.	
1958	100,0	+ 7,1	100,0	+ 5,2
1959	104,8	+ 4,8	103,2	+ 3,2
1960	112,4	+ 7,3	110,0	+ 6,6
1961	122,2	+ 8,7	119,4	+ 8,5
1962	133,0	+ 8,8	128,6	+ 7,7
1963	140,7	+ 5,8	135,1	+ 5,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1964, S. 43)

19. März 1964

Noch ein Wort zu der Behauptung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers und jetzigen Bundeskanzlers, der prophezeite, zu hohe Lohnforderungen würden 1963 unseren Export niederknüppeln. Inwieweit diese Voraussetzung entfallen ist, beweist die Tatsache, daß der deutsche Export in 1963 gegenüber 1962 um rund 5 Milliarden DM gestiegen ist und mit 58,3 Milliarden einen neuen Höchststand erreicht hat. Die Importe wuchsen um 2,5 Milliarden DM auf 52,3 Milliarden DM.

Die Differenz von 6 Milliarden DM erreichte also nahezu den Höchststand von 6,6 Milliarden DM des Jahres 1961, dem Jahr der DM-Aufwertung. Hält man sich jetzt noch vor Augen, daß etwa 80 Prozent der Exportaufnahme auf die mit vergleichsweise hohen Lohnkosten belasteten Enderzeugnisse entfällt, so wird die Behauptung über "hohe Lohnkosten" zur zweckbestimmten Phrase.

Für das Jahr 1963 steht einwandfrei fest, daß sich im wesentlichen nur die Arbeitnehmer an die Parole "Preisstabilität - eine Forderung an alle" gehalten haben. In der Praxis wurde diese Ankündigung vor allem durch Maßnahmen der Bundesregierung zur Farce. Wieder einmal hat eine bloße Forderung nach Preisstabilität von antlicher Seite im vergangenen Jahr ebensowenig wie in den Vorjahren Früchte getragen. Unterscheidend bleibt die Tatsache, daß es ein Irrglaube ist, zu meinen, daß unter der gegenwärtigen politischen Konstellation ein Wirtschaftswachstum in Verbindung mit einer Stabilität der Preise erreicht werden kann. Auch Hinweise auf höhere Preissteigerungen in anderen EWG-Staaten können uns dabei nicht trösten.

+ + +  
"Mit besonderer Sorge ..."

Fritz Erlar antwortet Ludwig Erhard

In seiner Antwort auf die Regierungserklärung des neu gewählten Bundeskanzlers, Professor Erhard, am 9.10.1963 erklärte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Fritz Erlar am 24.10.1963 im Bundestag u.a.:

"Mit besonderer Sorge beobachten wir, daß ein großer Teil der Preiserhöhungen für Lebensmittel, die den Verbraucher belasten, den Bauern gar nicht oder nur sehr unzulänglich zugute kommen. Angesichts dieser Entwicklung verlangt die SPD eine Durchleuchtung der Preis- und Marktverhältnisse auf den Lebensmittelmärkten vom Erzeuger bis zum Endverbraucher. Verarbeitungs- und Handelsspannen müssen nicht schneller steigen als Erzeugerpreise. Regionale Marktabreden wirken sich zuungunsten von Erzeugern und Verbrauchern gleichermaßen aus. Die Bundesregierung sollte Maßnahmen zur Stärkung der Marktstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger durch eine wirksame Förderung ihrer Selbsthilfeorganisationen treffen."

... wir begrüßen es, daß die Bundesregierung zu einem Wandel in der Konjunkturpolitik gelangt ist. Endlich soll der vom Parlament am 26. Juni beschlossene Sachverständigenbeirat benannt werden. In den vergangenen Jahren wurde die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Fortentwicklung eines konjunkturpolitischen Instrumentariums zurückgewiesen. Dieses Instrumentarium ist um so notwendiger, als die alarmierenden Preissteigerungen der letzten Zeit die Wirkungslosigkeit allgemeiner Beschwörungen beweisen. Wer die Kaufkraft im Sinne der Regierungserklärung stabil erhalten will, muß mehr tun."

Verständliche Forderung

Scheel will endlich die ihm zustehenden Kompetenzen

sp - Walter S c h e e l, Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, kurz genannt Entwicklungsminister, steht vor einer schwierigen Situation. Er muß dafür sorgen, daß die deutsche Entwicklungshilfe endlich übersichtlich, zielstrebig und ohne allzu große Kompetenzstreitereien zwischen den einzelnen Ministerien angesetzt wird. Zu diesem Zweck wurde sein Ministerium geschaffen. Der Bundesrechnungshof und die meisten Organisationen, die sich mit Entwicklungshilfe befassen, unterstützen die Bemühungen Scheels. Trotzdem kommt der Minister nicht weiter. So wird z.B. die Kapitalhilfe für Entwicklungsländer noch immer im Wirtschaftsministerium "verwaltet", wo 69 (1) Beamte für diesen Zweck eingesetzt sind. Die technische Hilfe dagegen liegt in der Kompetenz des Auswärtigen Amtes. Man kann nicht unbedingt sagen, daß eine Hand nicht weiß, was die andere tut, daß aber die augenblickliche politische und verwaltungsmässige Zersplitterung das für die Fragen der Entwicklungshilfe eigentlich zuständige Ministerium nicht voll zum Zuge kommen läßt, dürfte einleuchten. Der Interministerielle Ausschuß, der einmal wöchentlich zusammentreten und die Koordinierung der Entwicklungshilfetätigkeit von s e c h s Ministerien gewährleisten soll, kann nach Lage der Dinge nicht die notwendige Konzentration des Einsatzes der von den deutschen Steuerzahlern aufgeführten Entwicklungsgelder garantieren. Deshalb ist die Forderung Scheels nach einer tatsächlichen Kompetenzverlagerung der Entwicklungsaktivitäten einzelner Ministerien auf das Entwicklungsministerium durchaus zu begrüßen.

+ + +  
Zur Ohnmacht verurteilt

Der "linke" Flügel der CDU

sp - Viele Jahre hindurch hat der jetzige Bundesarbeitsminister Blank als Mann des sogenannten "linken" Flügels innerhalb der CDU gegolten. - Seit dem 12. Parteitag der CDU ist sein Ruf wohl andächtig dahin, waren es doch die Arbeitnehmervertreter der CDU, die ihm demonstrativ durch ihr Nein oder durch Enthaltung ihr Mißtrauen bekundeten. Die wenn auch knappe Wiederwahl Blanks ins Parteipräsidium offenbarte aber auch die Ohnmacht des von Katzer geführten linken Flügels, sie zeigt eine Verlagerung der Kräfte nach rechts innerhalb der CDU an. Die Arbeitnehmer haben nur noch den Wert von unworbenen Stimmen, in der Partei selbst sind sie ohne Einfluß, und ihre Vertreter fungieren nur noch als Aushängeschilder. Ihre gutgemeinten Vorstellungen etwa über eine gerechtere, dem kleinen Mann zugute kommende Eigentums- und Vermögensbildung hängen in der Luft, sie haben keine Aussicht auf Verwirklichung durch die gesamte CDU. Der "linke" Flügel steht allein und isoliert da. Eben diese Isolierung wollte er durch sein Nein gegen Blank durchbrechen. Katzer und seine Mannen nahmen ihre unvermeidliche Niederlage in Hannover mit Schrecken zur Kenntnis, nimmt sie ihnen doch die Basis ihres bisherigen Wirkens bei den Arbeitnehmern. Wer als Arbeitnehmer künftig noch CDU wählen möchte, muß sich fragen, ob nicht seine Stimme in den Wind geworfen ist. Sie besitzt kein Gewicht. Das wird sich herumsprechen an Rhein und Ruhr, den früheren Kraftquellen der Sozialausschüsse dieser Partei. Das Festhalten der Mehrheit an Blank ist nicht nur eine Bräskierung der Arbeitnehmerwähler der CDU, sie ist auch ein Symptom für deren sozialpolitische Sterilität. Die Quittung dafür dürfte nicht ausbleiben.

## Rebellion gegen Francos "Arbeitsfront"

Verunglückter "Gewerkschaftskongress" in Madrid

Von Rolf Reventlow

Immer wieder bestätigt sich die Erfahrung, daß alle totalitären Regierungssysteme im Zuge der Umschaltung auf jüngere Generationen gewissen Abnützungerscheinungen unterworfen sind. Die jungen Menschen werden der künstlich vorgeschriebenen Denkschemen müde. Sie orientieren sich nach eigenem Denken und unter dem Eindruck sozialer wie politischer Ereignisse, von denen sie auch die beste Zensur nicht völlig abzusondern vermag. Dies gilt für den Osten, wo allerdings ein festgefügtes ideologisches System nur sehr langsam abbröckelt, dies gilt noch mehr für die westlichen totalitären Staatsführungen auf der iberischen Halbinsel in Spanien und zum Teil in Portugal.

### Arbeitskämpfe

Seit Jahr und Tag gibt es in Spanien wieder Arbeitskämpfe mit Arbeitsniederlegungen, obwohl der Streik als Kampfmittel der Arbeiterschaft ebenso verboten ist wie etwa die Gründung freier Gewerkschaften. In Franco-Spanien gibt es nur sogenannte "vertikale" Organisationen, die von oben nach unten, vom Unternehmer und Generaldirektor bis zum Hilfsarbeiter alle Menschen erfaßt, die irgendwie wirtschaftlich tätig sind. Das ist an sich keine spezifisch spanische Erfindung. Schon Mussolini erfindet unter gleichen Vorzeichen und zum gleichen Zweck der politischen Kontrolle seine samosen "Zunft"organisationen, in denen Arbeitnehmer, Techniker und Unternehmer die sozialen Gegensätze der modernen Gesellschaft aufheben sollten; und Hitlers "Arbeitsfront" entsprach dem gleichen Prinzip und war nach dem gleichen Schema aufgebaut.

Mussolini und Hitler verloren durch Kriegsergebnisse ihre Macht. In Spanien blieb das im Bürgerkrieg 1936 - 1939 begründete System einer faschistisch-totalitären Staatsordnung bestehen, allerdings ohne jemals die Gefolgschaft breiter Massen zu erringen. Und so ist es wohl kein Wunder, daß nach einem Vierteljahrhundert die Zwangsorganisation der "vertikalen" Gewerkschaften in allen Fugen kracht.

Auf der großen Funktionärtagung in Madrid, die man als "Landeskongress" bezeichnete, gab es allerdings keine Rebellen. Dazu werden die "Delegierten" solcher Tagungen in Franco-Spanien viel zu umsichtig ausgesiebt. Die Tagung selbst verlief ganz nach Programm. In einer

langatmigen Grundsatzklärung wird der "vertikale" Aufbau dieser sonderbaren Organisation als "gewerkschaftlicher Erfolg" begrüßt, der durch die ausdrücklich bestätigte Zwangsmitgliedschaft gefestigt ist und schließlich die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts fordert. Natürlich gab es auch illustre Gäste, den Minister der Bewegung Solis und - ganz privat - einen Prinzen königlichen Geblüts, Don Alfonso von Bourbon Dampierre, der hier die moderne Gewerkschaftsführung des Franco-Regimes aus der Nähe studierte. Generalissimus Franco war allerdings nicht gekommen; ganz offensichtlich hatte er Demonstrationen am Rande des sogenannten Gewerkschaftskongresses befürchtet, denen er sich nicht aussetzen wollte.

#### Demonstrationen ausserhalb des Kongresses

Von allgemeinem Interesse waren bei dieser Tagung ohne wirkliche Diskussion die Feststellungen, daß es heute in Spanien in Land und Stadt gelegentlich Mangel an Arbeitskräften gibt. Das ist wohl auch der Hintergrund der heftigen Demonstrationen gegen die "Vertikalen" a u ß e r h a l b des Kongreßgebäudes. Sie waren bunt gemischt, diese Demonstranten: Studenten, die, offenbar von Schiller inspiriert, in dumpfen Kerker mangelnder Meinungsfreiheit spanischer Universitäten mit Don Carlos mehr Gedankenfreiheit und für die Arbeitnehmer mehr freie Gewerkschaften fordern, Mitglieder katholischer Arbeitervereine, sogenannte linke Palangisten, die man als die jungen Rebellen der Staatspartei bezeichnen könnte und dann jene Arbeitnehmer, die an alte Traditionen der spanischen Arbeiterbewegung anknüpfen. Sie alle forderten Gewerkschaftsfreiheit. Als die Polizei eingriff und viele Demonstranten verhaftete, gab es in Madrid Proteststreiks.

#### Spaniens Arbeitnehmer drängen

Kein Zweifel, die vertikalen "Gewerkschaften" sind unpopulär und werden von niemandem mehr ernsthaft als Vertretungen der spanischen Arbeitnehmer angesehen, die bei steigendem Sozialprodukt in der sich modernisierenden spanischen Wirtschaft nicht mehr gewillt sind, die niedrigsten Löhne des westlichen Europa zu beziehen und ihre vertraglichen Rechte von oben verordnet zu bekommen.